



FACT SHEET IRAN

1. Jänner 2026 - 20. Jänner 2026

AUSBLICK

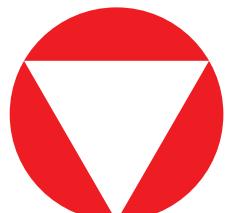
Seit Ende Dezember erlebt Iran eine der schwersten landesweiten Protestwellen. Im Vergleich zu früheren Mobilisierungen – etwa den Studentenprotesten der 1990er Jahre, der „Grünen Bewegung“ 2008/09, den wirtschaftlich motivierten Protesten gegen die Verdreifachung der Benzinpreise 2019/2020 oder den Mahsa-Amini-Protesten von 2022 – weist die aktuelle Protestwelle sowohl neue Dynamiken als auch eine neue Qualität staatlicher Repression auf. Ausgelöst wurde sie durch den rapiden Zusammenbruch der Landeswährung und eine sich weiter zuspitzende wirtschaftliche Krise, die ihren Ausgangspunkt im Teheraner Basar nahm. Innerhalb kurzer Zeit entwickelten sich die Proteste jedoch zu einer breiten politischen Mobilisierung, die sich nicht nur gegen sozioökonomische Missstände, sondern zunehmend gegen das bestehende System und die oberste politische Führung des Landes richtete. Parallel zur wachsenden Kritik am Obersten Führer ist seit Jahren eine deutliche Erosion des gesellschaftlichen Ansehens der schiitischen Geistlichkeit zu beobachten. Säkularisierungstendenzen unter der jüngeren Generation, sowie die fortschreitende Politisierung des religiösen Establishments und dessen Identifikation mit einem als ineffizient und korrupt wahrgenommenen Herrschaftssystem haben zu einer zunehmenden Entfremdung zwischen Staat, Klerus und Gesellschaft geführt. Diese Entwicklung äußert sich zunehmend auch in offener Feindseligkeit im öffentlichen Raum gegenüber Geistlichen; die Brandstiftung an Hunderten von Moscheen und öffentlichen Gebäuden während der jüngsten Protestwelle verdeutlicht die Intensität dieser gesellschaftlichen Ablehnung. Parallel zur Eskalation der Gewalt verhängten die iranischen Behörden am Abend des 8. Jänner 2026 einen nahezu vollständigen Internet- und Mobilfunk-Blackout. Nach Einschätzung von Amnesty International dient diese Maßnahme nicht nur der Unterbindung von Protestkoordination, sondern vor allem der Verschleierung schwerer Menschenrechtsverletzungen. Der nahezu vollständige Zusammenbruch unabhängiger Kommunikationskanäle erschwert zugleich eine verlässliche Analyse der Lage erheblich. Derzeit sind aus dem Iran nach außen nahezu ausschließlich staatlich kontrollierte oder staatsnahe Nachrichtenagenturen wie Tasnim und Fars News zugänglich, die stark politisierte Narrative verbreiten.

Aufgrund der weitgehenden Unmöglichkeit, mit unabhängigen Journalisten und Wissenschaftlern im Land zu kommunizieren, bleibt eine präzise und überprüfbare Einschätzung der tatsächlichen Entwicklungen äußerst schwierig und stellt weiterhin eine zentrale analytische Herausforderung dar.

INNENPOLITISCHE DYNAMIK

Die landesweiten Proteste begannen am 28. Dezember 2025 und breiteten sich rasch über Teheran hinaus auf zahlreiche Städte aus; nach Angaben der Unabhängigen Internationalen Untersuchungsmission der Vereinten Nationen wurden Demonstrationen in mindestens 46 Städten registriert. Die staatliche Reaktion ist durch massive Gewalt gekennzeichnet: Sowohl die Vereinten Nationen als auch Amnesty International berichten von einem systematischen und koordinierten Einsatz tödlicher Gewalt durch Sicherheitskräfte. Amnesty International verweist dabei auf deutlich höhere Opferzahlen und spricht unter Berufung auf offizielle iranische Angaben von bis zu 2.000 Toten seit Beginn der Proteste, die als rechtswidrige Massentötungen in bislang beispiellosem Ausmaß eingeordnet werden. Verifizierte Videos und Augenzeugenberichte zeigen zudem, dass Sicherheitskräfte wiederholtscharfe Munition gegen überwiegend unbewaffnete Demonstrierende einsetzen, teils aus nächster Nähe und von Dächern aus, darunter von Wohnhäusern, Moscheen und Polizeistationen.

In einem Interview mit dem Kanal Euronews Anfang Jänner 2026 erklärte Saeed Leilaz, ein ehemaliger Berater des früheren iranischen Präsidenten Mohammad Khatami, die Islamische Republik habe eine strukturelle Sackgasse erreicht, zugleich fehle es jedoch weiterhin an einer praktikablen politischen Alternative, da keine Opposition existiere, die realistisch in der Lage wäre, die Macht zu übernehmen. Die wiederholten Versuche, innerhalb des Systems durch Reformen und reformorientierte Akteure eine tragfähige Alternative zu etablieren, sind gescheitert. Spätestens nach den jüngsten Protesten und der institutionellen und politischen Begrenzungen Masoud Pezeshkians wird deutlich, dass die zentralen Krisen nicht primär zwischen politischen Fraktionen verlaufen, sondern im System selbst verankert sind.



UNSER HEER

EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH

BUNDESHEER.AT

VOLKSGRUPPEN

Im Zuge der aktuellen Proteste ist eine verstärkte Mobilisierung in ethnisch geprägten Regionen zu beobachten. Kurdische Oppositionsparteien aus Rojhelat koordinierten erstmals seit Langem ihr Vorgehen, verurteilten die gewaltsame Niederschlagung von Demonstrationen in Kermanshah, Ilam und Lorestan und riefen Basarhändler in kurdischen Regionen zur Beteiligung an einem landesweiten Streik am 8. Jänner auf. Diese begrenzte, aber politisch bedeutsame Koordination markiert einen Wandel in der bislang stark fragmentierten kurdischen Oppositionslandschaft. In Belutschistan nahm die Protestdynamik hingegen stellenweise eine deutlich radikalere Form an, als eine Gruppe die Tötung eines Polizeikommandanten in Iranshahr für sich reklamierte und diese als Vergeltung für staatliche Gewalt gegen Demonstrierende darstellte. Auch wenn solche Vorfälle bislang Einzelfälle bleiben, verdeutlichen sie das anhaltende Risiko einer sicherheitspolitischen Eskalation und Militarisierung der Proteste in peripheren Regionen. Die Beteiligung weiterer ethnisch geprägter Gebiete, darunter Lor- und Bakhtiari-Regionen, verweist insgesamt auf langfristige Muster politischer und wirtschaftlicher Marginalisierung und macht strukturelle Defizite der iranischen Ethnienpolitik sichtbar.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Debatten über mögliche Formen oppositioneller Führung ist auch die Rolle des sunnitischen Geistlichen Molana Abdolhamid zu berücksichtigen, der nicht nur unter den Sunniten großes gesellschaftliches Ansehen genießt. In seinen Predigten übt er regelmäßig scharfe sozio-politische Kritik an staatlichem Handeln, wahrt jedoch bewusst eine vorsichtige Position, um seine Anhängerschaft zu kontrollieren und eine erneute gewaltsame Eskalation durch Sicherheitskräfte zu vermeiden. Diese Zurückhaltung ist vor dem Hintergrund der Proteste in Zahedan im Jahr 2022 zu verstehen, bei denen während einer Demonstration rund 100 Menschen getötet wurden und anschließend massive Sicherheitsmaßnahmen die gesamte Provinz nachhaltig lähmten und das Alltagsleben stark beeinträchtigten.

MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGEN

Zu den getöteten Angehörigen von Polizei und Sicherheitsapparat gibt es nur wenige belastbare, öffentlich konsistente Zahlen. Nach Angaben eines iranischen Regierungsvertreters, wie sie von Reuters berichtet wurden, seien im Zuge der Proteste insgesamt rund 500 Angehörige der Sicherheitskräfte getötet worden. Diese Zahl ist als staatliche Darstellung zu verstehen; unabhängige Organisationen veröffentlichen teils deutlich abweichende Gesamtzahlen, und der Kommunikations-Blackout erschwert eine Verifikation. Parallel zur Eskalation ab dem 8. Jänner hat sich auch die staatliche Rhetorik deutlich verschärft. Offizielle Stellen und staatsnahe Medien stellen die Demonstrierenden zunehmend als „Terroristen“ bzw. „bewaffnete Randalierer“ dar und verknüpfen die Proteste mit externen Feindbildern; diese narrative Verschiebung dient erkennbar der Legitimation maximaler Gewaltanwendung und außergewöhnlicher Sicherheitsmaßnahmen. In derselben Linie berichten

staatliche Akteure zudem über bewaffnete Zivilisten, die nicht nur auf Sicherheitskräfte, sondern auch auf Zivilpersonen geschossen hätten; solche Angaben sind jedoch – wie bei vielen Konfliktlagen unter Informationssperren – schwer unabhängig zu überprüfen.

Für die Einordnung ist wichtig, dass es in Iran seit Jahren ein strukturelles Problem bei Protestlagen gibt: die systematische Präsenz von Sicherheitsakteuren in Zivilkleidung, die in der iranischen Alltagssprache als „Lebas-shakhs“ (Zivilkräfte) bezeichnet werden. Diese Akteure treten nicht nur zur Informationsgewinnung auf, sondern werden von Demonstrierenden häufig als aktive Unterdrückungs- und Einschüchterungskräfte beschrieben und nicht selten auch als Auslöser von Eskalationen wahrgenommen; ihre Nähe zu Basij-/paramilitärischen Netzwerken wird in zahlreichen Analysen diskutiert. Gerade diese Praxis der „Zivilkräfte“ macht es in dynamischen Straßensituationen extrem schwierig, Verantwortlichkeiten eindeutig zuzuordnen – zumal Gewalt, Chaos und Gerüchte sich gegenseitig verstärken. Hinzu kommt ein weiterer, in vielen Krisenprotesten beobachtbarer Faktor: In Phasen von Unsicherheit nutzen kriminelle Akteure das entstehende Chaos gelegentlich zur Durchsetzung eigener Ziele (Plündерungen, Abrechnungen, opportunistische Gewalt). Selbst wenn man Behauptungen über eine systematische Steuerung solcher Dynamiken mit großer Skepsis betrachtet, bleibt politisch zentral, dass der Staat trotz jahrelanger Selbstinszenierung als Garant von „Sicherheit“ erkennbar Schwierigkeiten hat, seine eigenen Kräfte zu schützen und Gewaltspiralen zu kontrollieren. Genau dieser Widerspruch kann zusätzliche Kritik erzeugen – auch aus Milieus, die dem System bislang loyal gegenüberstanden und auf die Effizienz des Sicherheitsapparats vertraut haben.

ANALYSE

Die anhaltenden Krisen und zivilen Unruhen machen die strukturelle Unfähigkeit der Islamischen Republik deutlich, wirksame Antworten auf die gravierenden Herausforderungen des Landes zu geben – insbesondere auf die Wirtschaftskrise, die akuten Probleme der Wasser- und Stromversorgung sowie auf das Versagen, grundlegende Sicherheit zu gewährleisten. Zusammen mit der fortschreitenden Erosion des Ansehens des religiösen Establishments und wachsender Kritik selbst aus regimetreuen Kreisen an der Abkehr von zentralen normativen Grundlagen werfen diese Entwicklungen erhebliche Zweifel an der langfristigen Tragfähigkeit des Systems auf. Die Protestbewegungen des vergangenen Jahrzehnts und ihre wiederholte, brutale Niederschlagung sind längst kein kurzfristiger Ausdruck sozialer oder wirtschaftlicher Unzufriedenheit mehr. Sie verweisen vielmehr auf eine tiefgreifende Legitimationskrise. Selbst wenn es dem Staat gelingen sollte, die aktuelle Situation kurzfristig zu stabilisieren, deuten die offen artikulierten Parolen gegen den Obersten Führer, religiöse Institutionen und das System insgesamt auf einen grundlegenden Bruch zwischen Gesellschaft und Herrschaftsordnung hin.

Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber: Republik Österreich / BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien
Redaktion: Landesverteidigungsakademie/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Periodikum der Landesverteidigungsakademie
Copyright: © Republik Österreich / BMLV / Alle Rechte vorbehalten
Druck: ReproZ W, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk